

Der gescheiterte Putschversuch in Venezuela & Rolle der USA | Prof. Miguel Salas

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Willkommen zurück bei The Source, wo wir Whistleblower, Wissenschaftler oder Politikexperten interviewen. Mein Name ist Zain Raza. Heute sprechen wir mit dem Autor, Historiker und Professor am Pomona College in Kalifornien, Miguel Tinker Salas. Sein letztes Buch heißt "Venezuela. What Everyone Needs to Know." Miguel Tinker Salas, vielen Dank, dass Sie hier sind.

Miguel Tinker Salas MTS: Danke für die Einladung.

ZR: Ich möchte mit einigen Infos zu den deutschen Medien beginnen. Am Sonntag, dem 3. Mai, fand in Venezuela ein Putschversuch statt mit dem Ziel, die Sturz der Maduro-Regierung zu stürzen. Darüber wurde in Deutschland kaum berichtet und zum Teil wurden die Tatsachen missverständlich dargestellt. Der führende Nachrichtensender *Die Tagesschau*, erwähnte diese Entwicklung in den Hauptsendezeiten nicht. Am 5. Mai wurde darüber in den [Auslandsmeldungen](#) berichtet - in den folgenden Tagen allerdings nicht mehr. Die Beiträge zur Hauptsendezeit erreichen Millionen von Menschen in ganz Deutschland und werden um 20.00 Uhr und anschließend um 22.00 Uhr ausgestrahlt. Man kann sich fragen, was in den deutschen Medien los wäre, wenn Venezuela, deren Streitkräfte oder deren Bevollmächtigte in der gleichen Weise oder auch nur versuchen würden, den US-Präsidenten zu stürzen. Könnten Sie also unseren Zuschauern in Deutschland und in ganz Europa vermitteln, was sich am 3. Mai abgespielt hat?

MTS: Am 3. Mai gab es nicht unbedingt einen Putschversuch. Es fand eine Invasion statt. Es war eine versuchte Invasion verärgerter venezolanischer Soldaten und einiger ehemaliger US-Spezialeinheiten der Green Berets. Sie erwarteten als Reaktion auf die Invasion, dass man sie willkommen heißen würde und dass sie von der Küste aus 30 Meilen in die Stadt einmarschieren könnten, um Maduro gefangen zu nehmen, ihn in ein Flugzeug zu setzen und in die USA zu bringen, wo sie als Belohnung Millionen von Dollar an Kopfgeld kassieren würden. Es war absurd. Oberflächlich betrachtet war es absurd. Es wirkte wie ein schlechter Rambo-Film, ein mieser Hollywood-Film, in dem Amerikaner und aufgebrachte Soldaten Venezuelas, die im April 2019 aus dem Land desertierten, mitwirken. Es ist kläglich gescheitert.

Aber auch hier geht es weniger um den Vorfall selbst als darum, was dahinter steckt. Was verrät es über die Beziehungen der USA zu Lateinamerika, zu Venezuela und über den

Zustand der venezolanischen Opposition? Ich denke, das ist der wichtigste Punkt. Und das ist es, was die meisten herkömmlichen Medien zeigten. Die Tatsache, dass eine Handvoll verärgerter Soldaten in Kolumbien mit ehemaligen US-Soldaten trainierten, war eigentlich bekannt. In den venezolanischen Nachrichten, in denen darüber berichtet wurde, hatten die politischen Führer Venezuelas zwar die Tatsache erwähnt, dass dies geschah, aber es stand im Zusammenhang mit den Bemühungen der Trump-Administration, einen Regimewechsel herbeizuführen. Wenn also Michael Pompeo, der [US]-Außenminister, sagt, es hätte keine direkte Beteiligung gegeben, öffnet er damit die Tür für die Behauptung, es hätte eine indirekte Beteiligung gegeben. Er könnte damit meinen: "Wir wussten davon. Wir ließen es geschehen. Falls es gelingt, wunderbar. Wenn nicht, dann können wir es plausibel abstreiten. Wir könnten sagen, wir waren nicht beteiligt." Und die Sache spricht Bände über die venezolanische Opposition, denn als der Putsch stattfand und die Beweise vorlagen, kam ein Vertrag zustande. Goudreau, der Chef der Green Beret-Organisation, die die Invasion leitete, hatte mit den Führern der Opposition einen Vertrag über rund 230 Millionen Dollar unterzeichnet, in dem er sich verpflichtete, die Operation zum Sturz Maduros zu leiten. Er sollte anschließend mit venezolanischen Ölfässern bezahlt werden. Und die Tatsache, dass die Opposition bereit war, mit einem Söldner zu verhandeln, zeigt, welche aufrührerische Haltung sie eingenommen hat. Sie haben jegliche interne Politiken aufgegeben. Und sie dachten auch, dass wiederum eine einfache Invasion eine Regierung stürzen würde, die nun schon seit mehreren Jahren an der Macht ist. Im Nachhinein betrachtet lächerlich. Es ist tragisch, weil es im Zusammenhang mit den Bemühungen der USA um einen Regimewechsel inmitten einer Pandemie geschieht.

ZR: Am 29. April sagte der [US]-Außenminister Pompeo er sei zuversichtlich, dass die USA bald eine Botschaft in Venezuela eröffnen und dort die US-Flagge hissen werden. Später bestritt er, wie Sie erwähnten, jegliche Beteiligung an dieser Aktion, oder besser gesagt, eine direkte Beteiligung. Im April gab es auch den Einsatz der US-Marine in der Nähe Venezuelas, um angeblich den Drogenhandel zu kontrollieren. Auch wenn diese Dinge nicht dazu benutzt werden können, die US-Regierung zu belasten, gibt es doch Indizien dafür, dass die Trump-Regierung grünes Licht für diese Operation gegeben hat oder sie gar angeordnet hat? Wie konkret ist ihre Rolle der USA zu diesem Zeitpunkt?

MTS: Es ist wohl ziemlich eindeutig, dass sich Trump seit Anfang Januar mit dem Führer der Opposition [Juan] Guaidó in Washington traf. Er war auch für die State of the Union Rede in Washington anwesend. Das ist die Rede, die Trump jedes Jahr vor der Nation hält, um seine politischen Errungenschaften zusammenzufassen. Guaidó war dabei anwesend. Zu dieser Zeit gab es Sitzungen mit Michael Pompeo und Elliot Abrams, der für die US-Politik gegenüber Venezuela zuständig ist. Sie alle sprachen über den bevorstehenden Kurswechsel. Dieses Ereignis findet also im Kontext der Bemühungen um einen Regimewechsel statt. Und wie gesagt, der zynischste Teil daran ist, dass es sich mitten in einer Pandemie ereignet, zu einer Zeit, in der die Oppositionskräfte in Venezuela um Lockerungen der Sanktionen bitten und erläutern, dass sie Zugang zu Benzin, zu Medikamenten, zu Schutzausrüstung brauchen. Es gibt also einen Teil der Opposition, der sich bereit erklärt, mit der Regierung zu verhandeln, mit ihr Gespräche zu führen. Aber es gibt auch einen anderen Teil, der einen aufständischen Kurs vertritt und im April 2019 einen Putschversuch unternommen hat, der gescheitert ist. Und nun wird versucht, mit US-Söldnern die gleiche Veränderung herbeizuführen. Das Tragische daran ist, dass sie ihrer eigenen Rhetorik glauben. Sie glauben ihrer eigenen Idee, dass die Regierung wankt und, dass sie durch einen kleinen Schubser zu Fall gebracht werden

kann. Aber sie erkennen dabei die Komplexität der Probleme in Venezuela. Genau darin liegt die Gefahr, mit der wir es zu tun haben.

Wenn der US-Geheimdienst nichts von einem Training an der kolumbianisch-venezolanischen Grenze wusste, dann ist das der größte Misserfolg des US-Geheimdienstes, denn schließlich wussten alle anderen davon.

ZR: Juan Guaidó wird in den deutschen Medien als der rechtmäßige Oppositionsführer dargestellt. In der von mir zu Beginn erwähnten [Meldung aus der Tagesschau](#), die es nicht in die Hauptsehzeit geschafft hat, erwähnt man ihn und schreibt, die Opposition glaube, dass es sich um eine Operation unter falscher Flagge der venezolanischen Regierung gehandelt habe. Auch die Schlagzeile der Tagesschau suggerierte, dass es sich um eine "angebliche" Invasion handele. Es gab jedoch keine weitere Berichterstattung dazu. Es gab nur [diese] eine Meldung. Die Geschehnisse wurden nicht weiterverfolgt. Sie erwähnten diesen 41-seitigen Vertrag, der zum Vorschein kam, der Licht auf die Vereinbarung zwischen Guaidó und Silvercorp wirft, der privaten Sicherheitsfirma der USA, die er mit dieser Operation beauftragt hatte. Wie handfest ist dieser Vertrag und welche Aspekte erscheinen wichtig?

MTS: Was auffällt, ist, dass es sich um einen siebenseitigen Vertrag mit einem 41-seitigen Anhang handelt. Es ist also äußerst detailliert. Das Wichtigste ist, dass er von [Juan José] Rendón, einem der Hauptberater von Guaidó, unterzeichnet ist. Er ist auch von anderen Personen in der Opposition unterzeichnet. Angeblich auch von Guaidó. Es gibt auch eine Tonaufnahme von ihm, wie er an einem Gespräch mit Rendón und Goudreau teilnimmt. Es ist offensichtlich, dass ein Vertrag unterzeichnet wurde. Sie mögen alle bestreiten, dass er unterzeichnet wurde, aber ihre Namen stehen darauf. J. J. Rendón und andere Personen sind inzwischen zurückgetreten und haben zugegeben, dass sie Goudreau eine erste Anzahlung von 50.000 Dollar, ich zitiere, "aus eigener Tasche" statt aus der anderer bezahlt haben und dass noch 230 Millionen Dollar ausstehend waren. Offensichtlich ist, dass Goudreau den Vertrag veröffentlichte, weil er wütend war. Er wurde betrogen. Er wurde nicht bezahlt. Er wollte die Vergütung. Das heißt nicht, dass er sein Vorhaben nicht unterstützt hätte. Aber in Wirklichkeit war er wütend darüber, dass man ihn über den Tisch gezogen hatte. Und viele in Venezuela sagten, so etwas passiert, wenn man schlechte Verträge schließt. Wenn man sich für den Niedrigst-Bietenden entscheidet, dann kommt so etwas dabei raus.

Jetzt werden sie alle sagen, dass es unter falscher Flagge stattfand, denn in der Tat mussten viele in der Opposition den Preis dafür bezahlen. Für viele in Venezuela ist die Tatsache erschreckend, dass die Opposition bereit war, eine Invasion zu starten, sich wirklich an etwas zu beteiligen, was den möglichen Tod von Hunderten, wenn nicht sogar noch mehr, verursachen würde. Das zeigt das wahre Gesicht der Opposition und ihre Unfähigkeit, die Situation in Venezuela anzuerkennen, ihre Unfähigkeit, eine andere Politik als diese "alles oder nichts"-Politik, diese "entweder Maduro verschwindet oder wir verhandeln nicht" Politik zu betreiben. Andere argumentieren vernünftig und sagen, es muss verhandelt werden. Die Probleme, mit denen das Land konfrontiert ist, sind real, und sie verlangen von allen politischen Kräften des Landes, dass sie sich tatsächlich an diesem Prozess der Verhandlungen, der Gespräche und schließlich, hoffentlich, einer Lösung beteiligen.

ZR: Unsere Regierung verwendet den Begriff Regimewechsel in diesem Fall nicht. Wenn überhaupt, dann nennen sie es einen Machtkampf. Deutsche Leitmedien schließen sich dem

weitgehend an. Welche Taktiken, die die US-Regierung anwendet rechtfertigen Ihrer Ansicht nach Ihre Verwendung des Begriffs "Regimewechsel". Und nehmen wir für eine Sekunde an, dies sei ein " Regimewechsel", wie Sie es darstellen. Was ist, wenn er erfolgreich ist und Juan Guaidó tatsächlich Präsident wird? Welche Folgen hätte das für die venezolanische Gesellschaft?

MTS: Nun, lassen Sie uns zunächst auf den ersten Teil der Frage zurückkommen, nämlich den Regimewechsel. Wir sollten verstehen, dass dies nichts Neues ist. Die Trump-Regierung führt im Wesentlichen das fort, was die Obama-Regierung im Jahr 2015 zuvor begonnen hat. Zur gleichen Zeit, als er [Obama] die Enthärtung der Beziehungen zu Kuba ankündigte, erklärte Obama Venezuela zu einer klaren und gegenwärtigen Gefahr für die nationale Sicherheit der USA. Man bedenke, was das bedeutet. Ein Land, das über keine starke Luftwaffe, keine große Marine und keine nennenswerten Langstreckenraketen verfügt, stelle eine klare und gegenwärtige Gefahr für die USA dar. Es ist ganz klar die Absicht, Venezuela zu isolieren, Sanktionen gegen Venezuela zu verhängen und schließlich einen Regimewechsel herbeizuführen. Und Obama setzte die Politik der Bush-Ära fort. Auch hier sehen wir also Kontinuität. Der Republikaner, der Demokrat, der Republikaner. Es gibt Kontinuität. Beide strebten einen Regimewechsel an.

Venezuela wurde zu einem Vorbild für das, was 1998 mit Hugo Chávez begann, und was man in Lateinamerika die Pinke Welle nennt. Es gibt also schon seit geraumer Zeit Bemühungen um einen Regimewechsel. Die Trump-Regierung war sich darüber im Klaren. Die Tatsache, dass sie Juan Guaidó als einen alternativen Präsidenten bei einem bereits amtierenden Präsidenten anerkannt haben, deutet darauf hin, dass sie einen Regimewechsel erwarten oder anstreben. Deutschland behauptete, es handele sich um einen politischen Kampf - nein. Deutschland hat eine Person anerkannt, die nicht gewählt wurde. Deutschland hat Juan Guaidó anerkannt, jemanden, der in einer früheren Zeitspanne aus der Nationalversammlung hervorgegangen ist. Unabhängig davon, was in Venezuela passiert, identifizieren sie sich mit jemandem, der einen Regimewechsel anstrebt. Die Realität sieht so aus, dass die Politik der USA wie auch die Politik der Gruppe der LIMA, also der konservativen Länder Lateinamerikas und eines großen Teils der EU, darauf ausgerichtet war, einen Regimewechsel in Venezuela herbeizuführen.

ZR: Maduro wird gewöhnlich als autoritärer Führer dargestellt, der die Menschenrechte missbraucht. Ich glaube, es gab auch einen Bericht von Human Rights Watch, in dem seine Praktiken kritisiert werden. In diesem Kontext wird dann das Argument vorgebracht, dass es keine Verhandlungen geben sollte. Könnten Sie über die Menschenrechtsverstöße sprechen und darüber, ob sie glaubwürdig sind? Und hat die Regierung Maduro ein Angebot gemacht, mit der Opposition zu verhandeln?

MTS: Es hat mehrere Versuche gegeben, mit der Opposition zu sprechen. Das geht zurück bis ins Jahr 2014, in dem es Verhandlungsbemühungen gab. Ein Teil davon beinhaltete die Freilassung so genannter politischer Gefangener. Andere betrafen die Abhaltung von Wahlen. Aber die Opposition hat sich geweigert, am Wahlprozess teilzunehmen. Sie weigerte sich, an der Wahl teilzunehmen, die Maduro an die Macht gebracht hat. Ich habe immer argumentiert, wenn sie wirklich glaubten, das System sei manipuliert worden, hätten sie teilnehmen und dann die Beweise nutzen sollen, um Unregelmäßigkeiten bei der Wahl zu beweisen. Es gab einen Kandidaten, Henri Falcón, von der Avanzada Progresista, ein ehemaliger Chavista, der

[für das Amt] kandidierte. Aber die Opposition wandte sich auch gegen ihn. Sie unterstützte ihn nicht, und er hätte Maduro tatsächlich besiegen können.

Zweifelsohne hat Maduro gewaltige Fehler begangen. Wirtschaftlich gesehen war es eine Phase der Improvisation. Die Ölindustrie ist am Boden zerstört. Es wurden statt Personen, die etwas über die Ölindustrie wussten, politische Beauftragte ernannt. Es gibt zunehmend eine autoritäre Tendenz in dieser Regierung. In vielen Fällen wurden die Menschenrechte verletzt. Das bedeutet aber nicht, dass die Antwort darauf ein Putsch oder ein von den USA gesponserter Regimewechsel sein sollte. Das müssen die Venezolaner selbst entscheiden. Genauso wie jedes Land, das Souveränität besitzt, über Selbstbestimmung verfügt. Das sind Angelegenheiten, über die das venezolanische Volk selbst entscheiden muss, die aber nicht von der Europäischen Union in einer kolonialen oder von den USA in einer imperialen Übereinkunft entschieden werden sollten. Auch hier müssen die Probleme Venezuelas, wie die Probleme jedes Landes in der Region, von diesen Personen gelöst werden.

ZR: Wie sehen Sie jetzt die Aussichten für die Zusammenarbeit zwischen der US-Regierung und dem Oppositionsführer Juan Guaidó? Wir haben gesehen, dass er an vielen Fronten versagt hat. Die Maduro-Regierung hat sich als widerstandsfähig erwiesen, vor allem in Bezug auf das Verhältnis zu ihrem eigenen Militär. Sie [das Militär] haben im Moment nicht den Gang gewechselt. Wie stark ist die Maduro-Regierung, und glauben Sie, dass wir auf eine weitere Krise zusteuern, in der eine US-Invasion wahrscheinlich ist?

MTS: Ich halte eine US-Invasion für unwahrscheinlich. Es gibt die Vorstellung, dass die USA in Venezuela einmarschieren werden, was bedeutet, dass die USA für alle Probleme Venezuelas verantwortlich sind. Ich denke, General [Colin] Powells Bemerkungen über die Invasion von Grenada oder andere [US-]Interventionen waren: "Man zerstört es, man besitzt es, es ist deins". Sollte sich die USA in Venezuela so verhalten, könnte dies nicht nur Venezuela, sondern die gesamte Region destabilisieren und die Vorstellung einer imperialen US-Autorität, die die inneren Angelegenheiten Venezuelas diktieren, wieder einmal aufzwingen. Was geschehen und was sehr klar ist: Die US-Politiker haben den von Juan Guaidó und der rechtsextremen Opposition vertretenen Gedanken aufgegriffen, und diese Haltung des Regimewechsels hat die internen Verhandlungen behindert. Diese Haltung hat den tatsächlichen Prozess potenzieller Verhandlungen gehemmt, insbesondere jetzt während einer Pandemie, wo im Land ein so großer Bedarf besteht. Das Land hat im Moment einen Benzinmangel, zum Teil wegen der Sanktionen und zum Teil wegen der Inkompetenz Maduros im Umgang mit der Ölindustrie. Es wurde in die Knie gezwungen. Früher wurden täglich 3,5 Millionen Fässer produziert, 2 Millionen Fässer konnten exportiert werden, andere wurden möglicherweise für den internen Verbrauch verwendet. Heute werden zwischen 700.000 und 750.000 Fässer pro Tag gefördert. Die Produktionskapazität ist erheblich reduziert worden. Die Sanktionen erlauben es jedoch nicht, die eigene Struktur der Raffination zu verbessern. Daher exportiert es, wie viele Länder der Dritten Welt, Rohöl und importiert Benzin. Genauso wie Mexiko. Das ist also wiederum der Widerspruch, mit dem es konfrontiert ist. Wir müssen eine Lösung finden, bei der einige dieser Probleme auf dem Verhandlungsweg überwunden werden können. Einige in der Opposition haben z.B. denjenigen, die an Verhandlungen glauben, vorgeschlagen, dass das Geld, das die USA der Opposition zur Verfügung gestellt haben, an die Auswanderer gehen sollte, die in Ländern wie Ecuador und Kolumbien weilen. Sie sollen für ihren Lebensunterhalt sorgen und einen Teil dieses Geldes für den Kauf von Schutzausrüstung für Venezuela bereitstellen. Den

Import von Benzin fördern und einen Kontext für eine Verhandlungslösung anstelle einer militärischen Option schaffen. Solange wir es weiterhin eine militärische Möglichkeit in Betracht ziehen, stärkt das Maduro. Es stärkt seine Macht innerhalb des Militärs, das ihn weiterhin unterstützt. Das Militär hat zwar kleinere Schwächen gezeigt, aber es unterstützt die Maduro-Regierung weiterhin.

ZR: Wenn wir Berichte über US-Sanktionen und westliche Sanktionen gegen Venezuela sehen, haben wir den Eindruck, dass sie nur gegen die Maduro-Regierung und diejenigen gerichtet sind, die sie [die Westmächte] für verantwortlich halten [in der Maduro-Regierung]. Stimmt das, oder sind auch andere wichtige Bereiche betroffen, die die Bevölkerung insgesamt belangen? Wie beurteilen Sie die Art der Sanktionen, die derzeit gegen Venezuela verhängt werden?

MTS: Die Sanktionen sind im Moment sehr umfassend. Sie sanktionieren nicht nur Einzelpersonen. Das ist genau das, hinter dem sie sich verstecken. Sie sanktionieren das Lebenselixier der Wirtschaft, das Öl. Sie sanktionieren die PDVSA, die nationale Erdölindustrie. Sie machen es Venezuela unmöglich, Kredite zur Neuverhandlung der Schulden zu erhalten, Investitionsgüter zu kaufen, Ausrüstungen für die Raffinerien zu kaufen, die Ressourcen zu mobilisieren. Sie zielen also nicht nur auf Einzelpersonen ab. Das ist meiner Meinung nach nur ein Vorwand. Sie visieren in Wirklichkeit das Herzblut des Landes an. Und das ist genau das, was einige in der Opposition zu den USA gesagt haben: Bitte tut das nicht, denn das wird sich auf alles auswirken. Öl ist die wichtigste Hauptquelle aller ausländischen Einnahmen für Venezuela. Ohne die Fähigkeit, Öl produzieren und verkaufen zu können, kann die Wirtschaft nicht überleben. Venezuela ist seit 1935, als es zum weltweit führenden Erdölexporteur wurde, auch zum Importeur von Nahrungsmitteln geworden. Es wurde also zu einem Nettoimporteur von Nahrungsmitteln. Das ist ein Phänomen, das wir in vielen Ländern der Dritten Welt sehen, die monoabhängig und monoexportorientierend sind. Sie exportieren ein Anbauprodukt, aber konzentrieren sich so sehr darauf, dass sie die Nahrungsmittel importieren müssen, um sie konsumieren zu können. Das ist in Venezuela immer noch der Fall. Außerdem hat die Maduro-Politik einen Großteil der Produktionskapazität des Landes zerstört. Seine Unfähigkeit, mit dem Währungsumtausch umzugehen, hat der Wirtschaft noch mehr geschadet. Und jetzt schießt der Bolivar wie üblich in die Höhe. Wir befinden uns also in einer Situation, in der die Krise in allen Bereichen zu spüren ist. In gewisser Weise erinnert sie an das, was Nixon in den 1970er Jahren zu Chile sagte. "Wir zwingen die Wirtschaft zum Aufschrei." Genau das versuchten sie mit der Sanktionierung von der PDVSA zu erreichen, sie versuchen, die Wirtschaft in die Knie zu zwingen. Venezuela werden also die Ressourcen ausgehen. Die Menschen werden irgendwie protestieren und dann Maduro stürzen. Dadurch wird das Leid für das durchschnittliche venezolanische Volk noch vergrößert.

ZR: Ich habe das Argument gehört, dass zum Beispiel Hugo Chávez und die Maduro-Regierung in eine Situation kamen, in der es nicht viel Flexibilität gab, um vom Ölsektor auf andere Wirtschaftszweige auszuweichen. Und es handelt sich eher um ein historisches Wirtschaftsproblem, bei dem der IWF seine Rolle spielte. Die US-Regierung hat ihren Teil dazu beigetragen, und ausländische Investitionen ebenfalls. Das gelangte [damals] in die Hände der sozialistischen Regierungen, die wir in den vergangenen Jahren mit Hugo Chávez und jetzt Maduro erlebten. Und auch die US-Sanktionen sind so streng, dass es fast schwierig ist, sie zu manövrieren.

Meinen Sie, dass das Scheitern bei der Bewältigung der aktuellen Wirtschaftskrisen in erster Linie ein Maduro-Phänomen, eine Mischung aus verschiedenen Faktoren oder nur auf externe Faktoren zurückzuführen ist?

MTS: Nein, ich glaube, es ist eine Mischung aus verschiedenen Faktoren. Historisch gesehen müssen wir bis 1922 zurückgehen, als Venezuela als ein wichtiger Ölproduzent auf die Weltbühne trat. Der Prozess der Abhängigkeit nahm während des gesamten 20. Jahrhunderts zu. Die Abhängigkeit, die Beinahe-Abhängigkeit von einem Produkt, dem Öl. Und auch hier ist das Öl enormen Wechselfällen unterworfen. Es ist eine Achterbahnfahrt. Wir haben gesehen, wie der Ölpreis immer wieder stieg und sank. Vor einigen Wochen war er auf einem Tiefstand für zukünftige Verträge [Finanzjargon]. Was in Venezuela also wiederum ein Misserfolg ist, ist das Scheitern eines Wirtschaftsmodells, das zur Aufrechterhaltung einer Wirtschaft von der Ölproduktion abhängig ist. Das ist einer der Faktoren.

Es lässt sich nicht leugnen, dass Venezuela während der Chávez-Periode einen enormen Öl-Boom erlebte, bei dem der Ölpreis nie dagewesene Höhen erreichte. Ein Großteil dieses Geldes floss in die Infrastruktur und in viele Sozialprogramme. Dadurch wurde die Armut erheblich gemildert, aber auch die Abhängigkeit vom Öl weiter erhöht. Bei einer Ölirtschaft, die bereits erschöpft war. Teil des historischen Prozesses ist die Zeit, in der die USA bis 1975 in Venezuela waren, und das ist sie immer noch indirekt, aber bis 1975 war die Ölindustrie in Venezuela in ausländischem Besitz. Sie zapften das Bohrloch trocken. Der Maracaibo-See wurde ununterbrochen ausgebeutet. Es gab nur sehr wenige Beschränkungen, wie viel Öl aus dem Land gebracht werden durfte. So viel des leichten Rohöls wurde bereits gefördert. Was Venezuela jetzt im Wesentlichen hat, ist eine Menge schweres Rohöl, und das erfordert einen höheren Preispunkt, um es zu raffinieren, zu produzieren und verkaufen zu können. Und das ist ein Teil der Herausforderung. Venezuela verfügt nicht über eine voll entwickelte Infrastruktur. In der Großraffinerie war sie es zum Teil, aber selbst dort gab es enorme Mängel in der Veredelungsfähigkeit.

Ja, es gibt ein anhaltendes strukturelles Problem mit der Abhängigkeit vom Öl, mit dem jeder, der an der Macht war, konfrontiert gewesen wäre. Es spielt keine Rolle, wer an der Macht war. Vielleicht haben sie hier und da daran gefeilt. Aber die Realität ist, dass sie immer noch vom Öl abhängig waren. Und die Ölpreise sind auf dem Weltmarkt enormen Schwankungen unterworfen. Wir haben nicht mehr die Vorstellung vom Peak Oil. Es gibt im Moment eine Ölschwemme [Überangebot] auf dem Markt, vor allem nach dem Fracking und anderen Fördermöglichkeiten. Und wir sehen, wie Saudi Arabien und andere versuchen, die Produktion zu drosseln. Für Venezuela hat sich die Situation dahingegen verschlechtert, dass die Wirtschaft erneut improvisiert hat und nicht auf die Notwendigkeit geachtet hat, in die Ölindustrie selbst zu investieren, um die Fördermengen auf dem Niveau halten zu können, das sie haben. Zusätzlich haben Korruption, Bürokratisierung und Unfähigkeit die gegenwärtige Krise verursacht. Und dann kommen noch Sanktionen hinzu, die es unmöglich machen, neu zu verhandeln. Sie machen es unmöglich, neue Güter und Investitionsgüter kaufen zu können, um den Raffinationsprozess zu unterstützen. So kommt es zu einer Krise, wie der jetzigen, und die Sanktionen haben sie verschlimmert und für das durchschnittliche venezolanische Volk entsetzlich gemacht.

ZR: Es gibt in letzter Zeit Gespräche darüber, dass der Iran versucht, mit Venezuela zu kooperieren. Ich könnte mir vorstellen, dass die US-Regierung dies nicht durchgehen lassen würde, wenn man bedenkt, wie hartnäckig sie versucht hat, auch im Iran einen Regimewechsel herbeizuführen. Eine solche internationale Zusammenarbeit in seiner Hemisphäre zu sehen, könnte zu einem großen Konflikt führen. Könnten Sie darüber sprechen, was diese jüngste Entwicklung für unsere Zuschauer [bedeutet] und auch darüber, zu welcher Art von Gefahr sie führen könnte?

MTS: Seit Hugo Chávez gewählt wurde, hat es Bemühungen gegeben, eine Reihe von internationalen Süd-Süd-Beziehungen zu schaffen, die nicht mehr die USA oder Europa in den Mittelpunkt stellen würden. So hat Venezuela die Hand ausgestreckt und ein Mitspracherecht in Lateinamerika bekommen, neue regionale Gremien in Lateinamerika geschaffen, Kontakte mit Asien, China, Afrika und im weiteren Sinne auch mit dem Iran geknüpft. Es gab also sehr enge Beziehungen. Wie ich bereits erwähnt habe, gab es in Venezuela einen Mangel an Benzin. Es ist ein Exporteur von Rohöl, ein Importeur von Benzin, der durch die Sanktionen stark getroffen wurde. Vor kurzem hat Venezuela mit dem Iran einen Vertrag über die Lieferung von Benzin abgeschlossen. Es gibt mehrere iranische Tanker, die in Richtung Venezuela fahren, um Benzin zu liefern. Nichtsdestotrotz werden sie in der Karibik zweifellos auf US-Seestreitkräfte treffen. Und es bleibt abzuwarten, ob die USA versuchen werden, ein Embargo gegen Venezuela zu verhängen [und] die Durchfahrt iranischer Tanker zu blockieren oder nicht. Das spaltet die Opposition, denn dieses Benzin würde an jeden in Venezuela gehen. Es würde helfen, die elektrischen Raffinerien und die Grundnutzung zu starten. Es könnte einige der langen Schlangen [an den Tankstellen] beseitigen. Sie haben ein Konfliktpotenzial, das von den USA eingerahmt wird, die vielleicht nach etwas suchen, das die Aufmerksamkeit von der Pandemie und den niedrigeren Zahlen von Trump in den USA ablenken würde, und ich hoffe, dass wir das vermeiden können. Aber das bleibt abzusehen.

ZR: Ich möchte hier einen Gang zurückschalten und einen eher historischen Kontext liefern, der bei der Berichterstattung über dieses Thema zu kurz kommen könnte. Ich halte es daher für äußerst wichtig, unseren Zuschauern ein vollständiges Bild zu vermitteln. Da Sie Historiker sind, könnten Sie uns einen historischen Kontext zu den Bemühungen der USA, einen Regimewechsel herbeizuführen, liefern? Und ich spreche insbesondere über Operationen, Attentate oder Putschversuche, die sich in Venezuela ereignet haben.

MTS: Seit 1922, als sich Venezuela zu einem der wichtigsten Ölproduzenten der Welt entwickelte, war die USA in die Geschehnisse des Land verwickelt. Sie unternahmen große Anstrengungen, um zur Konsolidierung des venezolanischen Staates beizutragen. Zu dieser Zeit war es eine Militärdiktatur unter Juan Vicente Gómez, der 1935 verstarb. Die nachfolgenden Regierungen operierten alle innerhalb dessen, was die USA den amerikanischen Einflussbereich oder die amerikanische Umlaufbahn nannten. So viele Versuche des tatsächlichen Prozesses der Staatenbildung wurden auf vielen, vielen Ebenen von den USA beeinflusst. Die USA waren an militärischen, wirtschaftlichen, sozialen und medizinischen Missionen beteiligt. Sie hatten also einen enormen Einfluss auf den Aufbau des venezolanischen Nationalstaates. Venezuela wurde sowohl in den 50er Jahren wirtschaftlich zu einem Modell für die USA als auch nach den 60er Jahren mit der kubanischen Revolution zu einem politischen Modell, das sie nach Lateinamerika zu exportieren versuchten. Das ist eine Alternative zu Castro und eine Alternative zu Kuba, eine

sozialdemokratische Alternative, die milde Reformen hatte, aber die Linke in Schach hielt. Aus diesem Grund waren die USA also nicht darauf vorbereitet, dass jemand wie Hugo Chávez 1998 auf der Bildfläche erscheinen würde, wie er es vor 1992 getan hatte, nun aber 1998 zum Präsidenten gewählt wurde und 1999 sein Amt ausübte. Und die USA machten sich daran, Venezuela zu destabilisieren. Sie dachten zunächst, sie könnten Chávez kooperieren, sie dachten zunächst, sie können ihn für sich gewinnen. "Ein weiterer Nationalist. Das ist keine große Bedrohung. Wir werden ihn überleben. Er muss Verbindungen zu den USA haben." Aber Chávez brach von den USA ab, widersetzte sich dem freien Handel Amerikas. Er widersetzte sich der Abhängigkeit von der US-Wirtschaft und suchte neue Verbindungen mit der Dritten Welt. So kam es zu einem ersten Versuch eines Regimewechsels im April 2002 mit einem Putsch gegen Hugo Chávez durch eine Fraktion des Militärs, der von den USA offensichtlich grünes Licht bekam, von dem die USA wussten und darin verwickelt waren. Seit dieser Zeit gab es zahlreiche Bemühungen um einen Regimewechsel, indem [die USA] Teile der Opposition finanzierten und über das National Endowment for Democracy [NED] und andere Organisationen dieser Art, Geld zur Verfügung stellten. Und indem sie die Opposition an jedem wichtigen Wendepunkt, an dem Chávez die Wahlen gewann, massiv unterstützten. Chávez kam durch Wahlen an die Macht und wurde durch Wahlen bestätigt. Es gab mehrere Wahlen in Venezuela. Die Vorstellung, dass es sich hier irgendwie um eine Diktatur handelte, widersprach der Realität, er [Chávez] hatte starke Unterstützung. Nachdem Chávez 2013 stirbt, sehen die USA und die Opposition eine Chance und erhöhen den Druck. Sie erkennen die Wahl von Maduro nicht an, was an sich schon delegitimierend ist. Und sie unterstützen nachdrücklich die Opposition, was uns schließlich zu der Lage mit Juan Guaidó und anderen geführt hat, die wir zuvor in unserem Gespräch beleuchtet haben mit .

ZR: Ich möchte dieses Interview mit einigen Lösungsansätzen beenden. Der erste Teil der Frage ist, welche Politik Regierungen weltweit in dieser Situation verfolgen sollten? Und der zweite Teil ist, was Friedensbewegungen, also Menschen, die versuchen, andere über diese Situation zu informieren, berücksichtigen sollten, wenn sie auf die Straße gehen und sich für den Frieden einsetzen? Was würde passieren, wenn die Menschen Venezuela ignorieren? Welche Folgen hat der Zusammenbruch der venezolanischen Gesellschaft auf dem amerikanischen Kontinent?

MTS: Wir haben bereits gesehen, was dieser Zusammenbruch anrichten kann. Mehr als 5 Millionen Venezolaner haben das Land verlassen. Sie sind jetzt Teil einer internationalen Diaspora in Kolumbien, Ecuador, Peru, Chile, Brasilien, und Argentinien. Das war also die dramatische Folge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs innerhalb Venezuelas. Wir wissen auch, dass die Sanktionen nicht funktioniert haben. Die Sanktionen hatten weder Einfluss auf den Regimewchsel in Kuba noch im Iran. Sanktionen haben nicht funktioniert, egal wo sie angewendet wurden. Was sie bewirkt haben ist, dass sie das Leiden des Durchschnittsbürgers auf der Straße vergrößert haben. Der Widerstand gegen Sanktionen ist entscheidend und unterstützt Verhandlungslösungen, die von den Venezolanern selbst kommen. Ohne einen militärischen Eingriff. Wenn die Opposition in Venezuela sagt, dass "alles auf dem Tisch liegt", bedeutet das, dass jede Option realisierbar ist. Wir müssen uns darüber im Klaren sein. Wenn sie eine Opposition sein wollen, müssen sie für einen demokratischen Wandel und friedliche Verhandlungslösungen sein. Die Regierung von Maduro muss derselben Meinung sein. Es muss einen Prozess geben, durch den das erreicht werden kann. Dies ist der kritische Zeitpunkt, an dem dies mitten in einer Pandemie, mitten in einer sich verschärfenden

Wirtschaftskrise geschehen muss. Das sind die zentralen Komponenten. Beide Seiten müssen zusehen, wie das Leiden des durchschnittlichen Venezolaners gelindert werden kann.

ZR: Miguel Tinker Salas, Historiker und Autor, vielen Dank für Ihre Zeit.

MTS: Ich danke Ihnen.

ZR: Und danke, dass Sie eingeschaltet haben. Vergessen Sie nicht, unseren YouTube-Kanal zu abonnieren und zu spenden, damit wir weiterhin unabhängige und gemeinnützige Nachrichten und Analysen produzieren können. Mein Name ist Zain Raza. Bis zum nächsten Mal!

ENDE